

29.08.2014 – PM 71/2014

Antikriegstag 2014

Verantwortlich
Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

IG BAU fordert mehr Geld für Bildung statt für Rüstung

Frankfurt am Main – Anlässlich des Antikriegstags (für die Red. 1. Spt. 2014) ruft die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) dazu auf, die militärische Aufrüstung weltweit massiv zu reduzieren. „In Deutschland unterliegen Rüstungsexporte zu Recht strengen Regeln. Am Antikriegstag über militärische Aufrüstung im Deutschen Bundestag zu debattieren und für die Aufweichung dieser Gesetze zu werben, zeugt von Respekt- und Morallosigkeit! Nicht Auf- sondern Abrüstung muss das Credo sein, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt. „Die eingesparten Milliarden können sinnvoller in die Bildung der Menschen investiert werden, damit sie bessere Chancen auf ein gutes Leben bekommen.“

Die IG BAU weist auf die Bedeutung der sozialen Gerechtigkeit für den Erhalt des Friedens hin. „Erfolgreiche Friedenspolitik beginnt nicht erst am Runden Tisch, wenn die Waffen bereits sprechen und die Menschen in Not geraten sind. Sie stärkt die soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft, denn ohne sie ist kein Frieden zu haben. Demokratische Teilhabe, Bildung, gute Arbeit und soziale Sicherheit haben großen Einfluss darauf, politische und gesellschaftliche Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen“, sagte Burckhardt. „Dort, wo es funktionierende Demokratien gibt, ist das Kriegsrisiko gering. Denn es gibt wirksame Mechanismen, Kontroversen aus der Mitte der Gesellschaft zu lösen. Deshalb müssen sämtliche demokratische Staaten noch mehr Anstrengungen unternehmen, instabile Demokratien zu stärken, um die Waffen zum Schweigen zu bringen.“

Für die IG BAU erinnert der Antikriegstag zudem daran, wie wichtig der unterschiedene Widerstand gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist. „Die lange verborgen gebliebenen Terrorakte des NSU mahnen uns, wachsam zu bleiben. Das gilt auch für ausländerfeindliche Demonstrationen und Angriffe auf Flüchtlingsheime, denen sich immer wieder viele engagierte und mutige Menschen – gerade auch Gewerkschafter - entgegenstellen“, sagte Burckhardt. „Es darf nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus geben.“